

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Noch mehr Tempo für die Erneuerbaren Energien

CARSTEN TRÄGER:

Die AfD ist eine Bedrohung für unsere Demokratie

GABRIELA HEINRICH:

Seit 75 Jahren das Gewissen für Europa

JAN PLOBNER:

Reproduktive Rechte stärken

MARTINA STAMM-FIBICH:

Ein Treffen mit dem Bundeskanzler

Noch mehr Tempo für die Erneuerbaren Energien

Mit den erfolgreichen Reformen der SPD-geführten Ampelkoalition im Bereich der Erneuerbaren Energien 2022 haben wir dem Ausbau von Wind- und Solarenergie kräftigen Schub gegeben. Die Union konnte erstmals seit 16 Jahren nicht mehr auf der Bremse stehen – der Windkraftausbau legte 2023 deutlich zu, für die Photovoltaik war es ein Rekordjahr. Diesen Weg gehen wir nun mit dem Solarpaket weiter.

DAS REKORDJAHR 2023

Das Jahr 2023 war ein Meilenstein: Erstmals wurde mit 56 % über die Hälfte des Stroms in Deutschland aus Erneuerbaren Energiequellen erzeugt. Die Windenergie wurde mit einem Anteil von 31 % der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung. Der Photovoltaikzubau hat sich mit 14,1 Gigawatt gegenüber dem Vorjahr verdoppelt und ein Allzeithoch erreicht.

Das war gut für die Energiepreise und für den Klimaschutz: die Gesamtstromerzeugung aus Kohle, Erdgas und Atomkraft sank um 24 % – und die CO₂-Emissionen im Energiebereich um 45 Mio. Tonnen gegenüber 2022. Das ist ein beeindruckender Erfolg, der mit der Union so nie möglich gewesen wäre.

MIT DEM SOLARPAKET BRINGEN WIR DEN AUSBAU WEITER VORAN

Mit nur 3 bis 11 Cent pro Kilowattstunde ist Sonnenenergie die günstigste Form, um Strom zu erzeugen – und viele Menschen können daran teilhaben. Deshalb bauen wir sie mit dem Solarpaket konsequent weiter aus. Vor allem Privatpersonen erleichtern wir es, Solarenergie zu nutzen. Wir beseitigen zahlreiche Hürden, sich Solaranlagen genehmigen und installieren zu



lassen. Das gilt für Balkonkraftwerke ebenso wie für die gemeinschaftliche Gebäudeversorgung oder Mieterstrommodelle. Wir verbessern die Förderung beim Repowering älterer Anlagen für besondere Solaranlagen wie Agri-PV oder Parkplatzanlagen und im wichtigen Gewerbedachsegment.

WIR BLEIBEN AUF KURS BEIM KLIMASCHUTZ

Wir haben diese Woche auch das Klimaschutzgesetz angepasst. Das Wichtigste dabei: Mit der Reform darf nicht eine Tonne mehr CO₂ ausgestoßen werden als nach dem bisherigen Gesetz. Die Klimaziele stehen: 65 % weniger CO₂-Emissionen bis 2030, 88 % weniger CO₂-Emissionen bis 2040 und Klimaneutralität bis 2045.

Künftig muss aber jede Bundesregierung schon zum Start der Legisla-

turperiode ein umfassendes sektorübergreifendes Klimaschutzprogramm beschließen – nicht erst reaktiv, wenn bereits Ziele verfehlt wurden.

Auch künftig kann sich kein Sektor vor Klimaschutz verstecken. Wenn das Gesamtziel aller Sektoren künftig zwei Jahre in Folge überschritten wird, ist die Bundesregierung verpflichtet, Maßnahmen zu beschließen, die sicherstellen, dass das Klimaziel für 2030 erreicht wird. Dazu müssen weiterhin gerade jene Sektoren beitragen, die Ziele verfehlen. Für die Jahre nach 2030 gibt es jetzt auch ein Monitoring und einen Auslösemechanismus für zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen.

Während die Opposition ihr Märchen von der günstigen Atomenergie erzählt, packen wir an. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien. Und wir machen Politik für die Zukunft!



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Die AfD ist eine Bedrohung für unsere Demokratie

Die AfD ist gefährlich. Die Anfang des Jahres bekannt gewordenen Deportationspläne für Millionen Menschen sind menschen- und verfassungsfeindlich. Ihre Fantasien, die EU zu zerstören oder aus ihr auszutreten, wären das größte Verarmungsprogramm, das Europa je gesehen hat. Die Gewaltaffinität ihrer Mandatsträger ist erschreckend. Und jetzt gibt es Vorermittlungen gegen ihre Europaspitzenkandidaten wegen möglicher Zahlungen aus Russland und China.

Anfangs waren es vor allem Skandale um illegale Spenden an die Partei, teils aus dem Ausland, und um missbräuchlichen Umgang mit Steuergeld, die neben der Fremdenfeindlichkeit der AfD Schlagzeilen machten. Diese Skandale wirken heute fast harmlos. In diesem Jahr ist für alle unübersehbar geworden, wie weit die Partei von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes entfernt und wie gefährlich sie für Demokratie und Wohlstand ist.

VERFASSUNGS- UND MENSCHENFEINDLICH

Als das Investigativmedium Correctiv im Januar veröffentlichte, dass hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer im Herbst 2022 geheime Pläne für die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland schmiedeten – auch von deutschen Staatsbürgern –, war die Distanzierung bestenfalls halbherzig. Björn Höcke, der Frontmann des rechten Netzwerks in der AfD, postete: „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen.“ Der menschen- und verfassungsfeindliche Kern der AfD wurde für alle unübersehbar.

EINE GEFAHR FÜR UNSEREN WOHLSTAND

Im Europawahlkampf fantasiert die AfD über einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union. Höcke propagiert: „Die EU muss sterben.“ Das wäre katastrophal für unser Land. 2,2 Millionen Arbeitsplätze wären dadurch in Deutschland bedroht, die Wirtschaftsleistung würde um 400 bis 500 Milliarden Euro jährlich sinken.

GEFÄHRLICHE GEWALTAFFINITÄT

Eine Recherche von Correctiv von Anfang April machte die Gewaltaffinität der AfD greifbar. 28 AfD-Politiker, davon zwei Bundestags- und drei Landtagsabgeordnete, sind ihr zufolge von einem Gericht zumindest erstinstanzlich verurteilt worden oder es wurden Strafbefehle gegen sie erlassen – 14 davon waren trotzdem noch immer in ihrem politischen Amt tätig. Dabei geht es teils um brutale körperliche Angriffe, teils verbale Gewalt wie Beleidigungen oder Volksverhetzung und indirekte Gewalt wie Beihilfe, Waffenbesitz oder Missbrauch des Gewaltmonopols qua Amt. Eine erschreckende Realität.

ZAHLUNGEN AUS RUSSLAND UND CHINA

Dass die AfD russische Propaganda in Deutschland verbreitet und weite Teile der Partei große Sympathie für autoritäre Staaten pflegt, war schon lange offensichtlich. Jetzt aber hat die Generalstaatsanwaltschaft Dresden zwei Vorermittlungsverfahren gegen ihren Europaspitzenkandidaten eingeleitet wegen möglicher Zahlungen aus Russland und China. Einer seiner Mitarbeiter wurde mit dem Vorwurf der Spionage für einen chinesischen Geheimdienst festgenommen. Auch der Listenzweite soll nach Informationen des tschechischen Geheimdienstes Zahlungen aus Russland erhalten haben. Die Generalstaatsanwaltschaft München hat Vorermittlungen aufgenommen, es soll um den Verdacht der Bestechlichkeit von Mandatsträgern gehen.

Die AfD versinkt im Chaos von Vorwürfen des Geheimnisverrats und kriminellen Machenschaften. Bundesinnenministerin Nancy Faeser brachte es auf den Punkt: „Die Bedrohung muss noch deutlicher ins öffentliche Bewusstsein kommen. Es ist ein Unding, wenn sich Volksvertreter zu Putins oder Pekings Handlangern und zum Instrument ihrer Propagandamaschinen machen. Das werden wir nicht zulassen.“



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Seit 75 Jahren das Gewissen Europas

Die SPD-Fraktion feierte im Reichstagsgebäude bei einer großen Veranstaltung das 75. Gründungsjubiläum des Europarats. Diese Organisation wacht über Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa.

Am 5. Mai 1949 wurde der Europarat gegründet. Die Gründerväter und -mütter wussten genau, dass Frieden in Europa nur auf Demokratie fußen kann. Und in der Demokratie muss es rechtsstaatlich zugehen. Und im Rechtsstaat sind alle Menschenrechte zu wahren. Alles das zu beobachten und bei Verstößen anzumahnen, sind die Kernaufgaben des Europarats. Konrad Adenauer nannte ihn ein „Europäisches Gewissen“.

1949 waren 10 Länder dabei. Deutschland wurde 1951 Vollmitglied, nach 1989 traten die jungen mittel- und osteuropäischen Demokratien bei. Heute gibt es 46 Mitgliedsstaaten. Belarus und die Russische Föderation waren wegen Menschenrechtsverletzungen bzw. dem Überfall auf die Ukraine suspendiert worden.

Der Europarat besteht aus **3 Säulen**:

Das **Ministerkomitee** stellt das Entscheidungsorgan dar. Es besteht aus den Außenminister_innen der Mitgliedsstaaten, die meist von den Botschafter_innen vertreten werden.

Die **Parlamentarische Versamm-**



Gabriela Heinrich und Frank Schwabe, MdB und Vorsitzender der SOC-Fraktion beim Europarat, bei der Fraktionsveranstaltung zu 75 Jahre Europarat.

lung funktioniert ähnlich wie ein nationales Parlament. Sie macht keine Gesetze, sondern verfasst Berichte, verabschiedet Resolutionen und wählt die Richter_innen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Den **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte** können alle anrufen, die ihre Menschenrechte verletzt sehen und durch alle Instanzen des jeweiligen Landes gegangen sind. Das ist ein einmaliger Schutzmechanismus, weil letztlich 676 Millionen Europäerinnen und Europäer ihre Menschenrechte einklagen können.

Gleichsam das Fundament der drei Säulen bilden Konventionen und Abkommen, die einzuhalten sich die Mitgliedsstaaten verpflichtet haben. Darunter am bedeutendsten: die „Europäische Konvention zum Schutz der

Menschenrechte und Grundfreiheiten“. Darüber hinaus gibt es über 200 Übereinkommen und Protokolle (darunter die Antifolter-Konvention oder die Europäische Sozialcharta).

Vor ein paar Jahren sah es übrigens so aus, als würde der Europarat von autoritären Mitgliedsstaaten unterwandert (jüngst auch Thema einer Doku und eines Spielfilms in der ARD). Das konnten wir verhindern, allen voran mein Kollege Frank Schwabe hat sich hier hervorgetan. Dennoch mangelt es nicht an Herausforderungen. Vor allem geht es derzeit darum, dass Länder wie Aserbaidschan oder die Türkei die Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs nicht umsetzen (wozu sie sich verpflichtet haben). Das beweist: Wir brauchen den Europarat weiterhin. Oder mehr denn je.



Jan Plobner | Wahlkreis Nürnberger Land und Roth

✉ jan.plobner@bundestag.de

☎ 030 - 227 71 577

🌐 www.jan-plobner.de

📘 facebook.com/janplobner.5

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Reproduktive Rechte stärken

Der Bundestag nimmt bald die grundlegende Debatte über eine Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen auf.

Deutschland braucht eine bedeutende Reform zur Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen. Ein von der Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin erarbeiteter Bericht hat umfassende Empfehlungen vorgelegt. Die Vorschläge der Kommission stellen einen wichtigen Schritt zur Stärkung der reproduktiven Rechte und zur Entkriminalisierung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland dar.

Der §218 StGB, der Schwangerschaftsabbrüche grundsätzlich unter Strafe stellt, ist überholt. Er schafft eine rechtliche und gesellschaftliche Stigmatisierung von Frauen, die einen Abbruch in Erwägung ziehen müssen sowie von den medizinischen Fachkräften, die diese durchführen. Der Kommissionsbericht schlägt vor, Schwangerschaftsabbrüche in frühen Phasen der Schwangerschaft aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen und stattdessen regulative Maßnahmen einzuführen, die einen ausgewogenen Schutz für das ungeborene Leben und die Selbstbestimmungsrechte der Frau bieten.

Ein zentraler Aspekt des Berichts ist die Empfehlung, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten Wochen der Schwangerschaft unter bestimmten Bedingungen zuzulassen. In der mittleren Schwangerschaftsphase gibt es Gestaltungsspielraum für den Gesetzgeber, grundsätzlich gilt je kürzer die

Schwangerschaft besteht, desto eher ist ein Schwangerschaftsabbruch zulässig, und je fortgeschrittener das Gestationsalter ist, desto gewichtiger sind die Belange des Ungeborenen. In der Spätphase der Schwangerschaft soll der Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich nicht erlaubt sein. Aber auch in der Spätphase der Schwangerschaft sollen Ausnahmen existieren, wenn die Fortsetzung der Schwangerschaft für die Frau unzumutbar ist. Dieser gestufte Ansatz trägt den unterschiedlichen ethischen und medizinischen Überlegungen in verschiedenen Stadien der Schwangerschaft Rechnung.

„Für viele Schwangere, die sich gegen die Fortführung ihrer Schwangerschaft entscheiden, ist die medizinische Versorgungslage prekär und ist davon abhängig, in welchem Teil des Landes sie leben“, Leni Breymaier, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Eine Neuregelung würde die Selbstbestimmung von Frauen respektieren und ein verantwortungsbewusstes Schutzkonzept für das ungeborene Leben entwickeln. Darüber hinaus müssen Schwangerschaftsabbrüche vornehmende Kliniken und Beratungsstellen flächendeckend gewährleistet werden. Der Zugang zu Verhütungsmitteln und Aufklärung muss verbessert werden, um die Zahl ungewollter Schwangerschaften zu reduzieren.



Die anstehenden Diskussionen im Bundestag und die öffentliche Debatte werden zeigen, wie weit die Bereitschaft geht, diese Veränderungen in der Gesellschaft zu verankern. Es ist von großer Bedeutung, dass die vorgeschlagenen Änderungen breite Unterstützung finden, da sie den Schutz und die Selbstbestimmung aller beteiligten Parteien verbessern.

Dieser Reformprozess markiert einen Wendepunkt in der deutschen Politik zur reproduktiven Gesundheit und könnte, falls erfolgreich umgesetzt, ein Modell für eine moderne und gerechte Gesellschaft bieten, in der die Rechte und das Wohlbefinden von Frauen zentral stehen. Die Umsetzung der Empfehlungen des Berichts ist eine große Chance, Deutschland in Fragen der reproduktiven Gesundheit und Rechte an die Spitze Europas zu setzen.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 facebook.com/martina.stammfibich

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Ein Treffen mit dem Bundeskanzler

Victoria und Hannah aus dem Wahlkreis Erlangen trafen zu einem Referat über die SPD Olaf Scholz zu einem persönlichen Gespräch.

Xi Jinping, Wolodymyr Selenskyj, Emmanuel Macron – die Liste wichtiger Persönlichkeiten, die Bundeskanzler Olaf Scholz 2024 bereits getroffen hat, ist lang. Seit dieser Sitzungswoche gehören auch die Zehntklässlerinnen Hannah Büttner und Victoria Mayer vom Herder Gymnasium aus Forchheim dazu. Die 16-Jährigen arbeiten an einem Referat über die SPD. Da kam Ihnen die Idee, Martina Stamm-Fibich nach einem Interview mit Olaf Scholz zu fragen – mit Erfolg!



Victoria Mayer (3.v.l.) und Hannah Büttner (2.v.r.) trafen im Bundestag Bundeskanzler Olaf Scholz zum Gespräch. Mit dabei auch die Wahlkreisabgeordnete Martina Stamm-Fibich.

Warum seid Ihr heute in Berlin?

- » **Hannah:** *Wir haben den Bundeskanzler Olaf Scholz getroffen für unser Referat über die SPD.*
- » **Victoria:** *Und wir wurden im Reichstag herumgeführt und haben ein paar interessante Sachen gesehen, wie die Kuppel, bekannte Politiker oder die „obere Beamtenlaufbahn“ – die Verbindungsbrücke zwischen Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus.*

Was wolltet Ihr von Olaf wissen?

- » **Hannah:** *Wir haben ihn gefragt, wie so wir als Jugendliche die SPD wählen sollen, und da hat er Stichpunkte genannt: Gerechtigkeit, Frieden und die Umwelt sind ihm nach 50 Jahren Mitgliedschaft in der Partei nach wie vor wichtig. Das sind Themen, die aktuell und auch für die Zukunft*

große Relevanz haben, und für die er und die SPD sich einsetzen.

- » **Victoria:** *Ich habe ehrlich gesagt vor Aufregung nicht so genau zugehört.*

Wie war euer Eindruck vom Bundeskanzler?

- » **Victoria:** *Nett, sympathisch, wie man ihn aus den Medien kennt. Es war keine sehr große Überraschung, wie er sich verhalten hat.*

Habt ihr euch die Politik und den Bundestag so vorgestellt?

- » **Hannah:** *Dadurch, dass ich das hautnah erlebt habe, hat sich die Sicht auf den Bundestag schon verändert. Durch Martina und Olaf Scholz ist mir die SPD noch sympathischer geworden.*

Mit der SPD und dem DGB in den Mai

Zusammen mit den Gewerkschaften wollen wir am Tag der Arbeit ein Zeichen für mehr Solidarität, gute Arbeit sowie eine friedliche und nachhaltige Zukunft setzen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) geht in diesem Jahr mit dem Motto „Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit“ in den 1. Mai. Die SPD begleitet den Tag mit einer Kampagne unter dem Titel „GeMA1nsam mehr“. [In Mittelfranken veranstaltet der DGB zehn Kindgebungen.](#)